Abendausgabe

Nr. 554
B 274
44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch
23. November 1927

10 Pfennig

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Straßenbahnunglück in Kassel.

Vierzehn Kinder verletzt. — Wieder auf der Bergstrecke!

Kassel, 23. November. (Eigenbericht.)

Heute morgen gegen 10 Uhr ereignete sich im Betriebe der Herkules-Bergbahn im Druselital ein schwerer Zusammenstoß zweier Motorwagen. Der eine Wagen fuhr talwärts und war unbesetzt, in dem anderen Wagen befanden sich Schüler und Schülerinnen höherer Schulen, die einen Ausflug unternehmen wollten. Der Führer des talwärts fahrenden Wagens hatte die Gewalt über den Wagen verloren, er versuchte auf den durch Eisregen stark geglätteten Schienen vergeblich, den Wagen zum Stehen zu bringen, was ihm aber nicht gelang, so daß beide Wagen zusammenprallten.

Der Zusammenprall war so heftig, daß bei beiden Wagen der Vorderperron zerstört worden ist. Sämtliche Fensterscheiben zersplitterten, auch die Sitze innerhalb der Wagen sind zerstört. Die Folge des Zusammenpralls waren 14 Verletzte, darunter zwei sehr schwer, so daß an ihrem Aufkommen gezweifelt werden muß.

Der Führer schrie, als er sah, daß er den Wagen nicht mehr zum Halten bringen konnte, laut um Hilfe. Streckenarbeiter versuchten durch Sandstreuen die Wucht des Anpralls aufzuhalten, es war aber alles vergeblich. Die Schienen waren derart glatt, daß der Wagen mit größter Wucht auf den anderen auffuhr. An der Unfallstelle erschienen sofort Sanitäter des Roten Kreuzes und Arbeitersamariter, die die Verletzten zum Roten Kreuz und in das Sanatorium auf Wilhelmshöhe brachten.

•

Das Unglück hat sich auf einer Nebenstrecke derselben Straßenbahnlinie ereignet, auf der am 18. Mai d. J. ebenfalls ein vollbesetzter Wagen zu Tal sauste und neun Tote und gegen 20 Schwerverletzte unter seinen Trümmern begrub.

Der Straßenbahnführer, der wegen fahrlässiger Tötung angeklagt wurde, wurde freigesprochen, weil er keine Schuld trug, allerdings wurde in der Gerichtsverhandlung auch festgestellt, daß die geltenden und von dem Fahrer innegehaltenen Dienstvorschriften das Unglück direkt begünstigt hatten.

Offenbar hat aber die Straßenbahnverwaltung aus dem ersten Unglück noch keine Schlußfolgerungen zugunsten der Sicherheit der Fahrgäste gezogen.

Die Verhandlungen mit Polen.

Befriedigender Anfang. — Das Einleitungsabkommen unterzeichnet.

Die in den letzten Tagen erfolgten Besprechungen zwischen dem Reichsaußenminister und dem polnischen Sondergesandten Jackowski haben zur Einigung darüber geführt, daß die Delegationsverhandlungen alsbald wieder aufgenommen werden und zwar zunächst mit dem Ziel, die beiderseitigen Kampfmaßnahmen abzubauen und die mehr oder weniger abschlußreifen Fragen so schnell wie möglich vertraglich zu regeln. Beide Parteien haben die Hoffnung, daß dieses Ziel im Laufe des Dezember erreicht wird, und daß zu Beginn des kommenden Jahres die endgültigen Verhandlungen über den ganzen Vertrag beginnen. Ueber die Grundsätze, die dabei gelten sollen, hat man sich soeben in Berlin geeinigt und eine Niederschrift über die Vorverhandlungen wie über diese Grundlinien gemeinsam unterzeichnet.

Neben diesen Besprechungen zwischen Stresemann und Jackowski ist in Berlin jetzt ein Holzabkommen zwischen Deutschland und Polen abgeschlossen worden, das die Einfuhr polnischer Rund- und Schnittholzer erleichert. Polen verpflichtet sich dafür zu Konzessionen für die Einfuhr deutscher Automobile, Fahrräder und einiger anderen Erzeugnisse. Das Holzabkommen dürfte am Freitag oder Sonnabend in Warschau unterzeichnet werden. Der deutsche Delegationsvorsitzende soll noch am heutigen Tage vom Reichskabinett bestimmt werden.

Schiele wird gestellt.

Heute nachmittag Maiszolldebatte im Reichstag. — Der Bürgerblock will die Besoldungsreform durchpeitschen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung steht die erste und zweite Beratung des Gesetzes über den deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag.

Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird Genossin Sender sprechen. Minister Schiele wird wegen der Erhöhung des Zolles auf Industriemais gestellt werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird eine bündige Erklärung von ihm fordern.

Der Aeltestenausschuß des Reichstags hat beschlossen, vom Sonnabend bis zum Mittwoch der nächsten Woche keine Plenarsitzungen abzuhalten. Am Donnerstag der nächsten Woche wird die sozialdemokratische Wirtschaftsinterpellation beraten werden.

Die Besoldungsreform.

Beratung im Hauptausschuß. — Regierung in Verlegenheit.

In den Sitzungen des Ausschusses für den Reichshaushalt am Dienstag und Mittwoch über die Besoldungsreform wurde die Beratung des Gruppenaufbaues fortgeführt und unter Zurückstellung aller Abstimmungen die Gruppen 8 bis 5 erledigt. Die Gruppe 8 umfaßt die Assistenten im Bureaudienst, technische Assistenten, Präparatoren, Werkführer, Lokomotivführer, Steuer- und Zollassistenten mit den Besoldungsstufen 2000 bis 2700 Mark. In Gruppe 7 sind eingestuft Sekretäre im Bureaudienst, Hausinspektoren, Kanzleivorsteher, Brückenmeister, Brandmeister, Post- und Telegraphensekretäre usw. Die Gehaltssätze betragen 2350 bis 3400 M. Die Besoldungsgruppe 6 ist ausgestattet mit Sätzen von 2400 bis 3500 Mark und umfaßt unter anderem Oberwerkmeister, Schiffskapitäne beim Kanalamt, Hafenmeister, Telegraphenwerkmeister und Telegraphenbauführer. Besoldungsgruppe 5 umfaßt Photographen, Kupferstecher, Lithographen, Revierförster, Kanzleivorsteher und Ministerialkanzleisekretäre.

Bei der Gruppe 8 rief die von den Genossen Seppel und Steinkopf erhobene Forderung, die auf dauernden Dienstposten beschäftigten weiblichen Angestellten in das Beamtenverhältnis zu überführen, eine zwar kurze, aber lebhafte Debatte hervor. Unsere Genossen konnten darauf hinweisen, daß der Haushaltsausschuß bei der Beratung des Haushalts für 1927 mit Zustimmung der Reichsregierung einstimmig die folgende Entschließung angenommen hat: die Reichsregierung zu ersuchen, diejenigen weiblichen Angestellten in den Reichsministerien, die auf dauernd erforderlichen Dienstposten beschäftigt werden, in das Beamtenverhältnis zu überführen. Jetzt sei die Möglichkeit gegeben, diese platonische Entschließung durch entsprechende Beschlüsse mit Inhalt zu erfüllen. Bei der Etatsberatung sei auf die bevorstehende Besoldungsreform verwiesen worden. Ob man jetzt den Ball wieder zurückwerfe und auf die kommende Beratung des Etats für 1928 vertrösten wolle?

Die sozialdemokratischen Ausführungen und Fragen waren so schlagend, daß die Regierung nichts zu erwidern wußte und sich in Schweigen hüllte.

Der Bürgerblock hat es eilig.

Zwischendurch spielte sich noch eine Geschäftsordnungsdebatte von größerer Bedeutung ab. Das Finanzministerium sprach den dringenden Wunsch aus, die Arbeiten des Ausschusses so zu beschleunigen, **daß das Besoldungsgesetz bis Sonnabend in acht Tagen auch in zweiter Lesung im Ausschuß fertiggestellt werde.**

Vom Vorsitzenden Genossen **Heimann** wurde dem entgegengehalten, daß das nur möglich erscheine, wenn in der nächsten Woche keine Plenarsitzungen stattfinden, so daß der Ausschuß vor- und nachmittags, eventuell auch abends arbeiten könne. Da der Aeltestenrat gerade über die Arbeitseinteilung des Plenums in nächster Woche beriet, wurde der Vorsitzende beauftragt, dem Aeltestenrat den Wunsch des Ausschusses vorzutragen, die nächste Woche plenarsitzungsfrei zu lassen.

Der Aeltestenrat kam dem Wunsch des Haushaltsausschusses, trotzdem andere Beschlüsse bereits vorlagen, soweit entgegen, daß am Sonnabend dieser und in der ersten Hälfte der nächsten Woche keine Plenarsitzungen stattfinden sollen. Von den Regierungsparteien wurde bei dieser Gelegenheit der dringende Wunsch ausgesprochen, **daß der Haushaltsausschuß ausnahmsweise auch am Sonntag tagen möge.**

Das plötzliche Streben der Regierungsparteien, die Besoldungsreform auch unter größter Belastung aller Beteiligten so schnell wie möglich unter Dach und Fach zu bringen, ist ein neuer Beweis für die Unsicherheit, in der die Regierungsparteien bezüglich der Lebensdauer des Reichstags sich befinden. Man will für alle Fälle wenigstens die neue Besoldungsordnung erledigt haben.

Kabinett Jaspar—Hymans.

6 Klerikale, 4 Liberale.

Brüssel, 23. November. (Eigenbericht.)

Das neue Kabinett ist in den späten Abendstunden des Dienstag bereits gebildet worden. Es stellt eine Koalition von konservativen Katholiken, christlichen Demokraten und Liberalen dar. Die Zusammensetzung ist folgende: Ministerpräsident und Kolonialminister Jaspar (katholischer Konservativer); Aeußeres: Hymans (liberal); Inneres: Senator Carnoy (katholischer Demokrat); Finanzen: Houtart (katholischer Konservativer) Kunst und Wissenschaft: Vauthier (liberal, im vorigen Kabinett Minister des Innern); Justiz: Janson (liberal); Eisenbahn und Verkehr: Lippens (liberal); Krieg und Landesverteidigung: de Broqueville (katholischer Konservativer); Arbeit: Heyman (christlicher Demokrat); Landwirtschaft: Baels (Katholik). Die neue Regierung verfügt über eine Mehrheit von 17 Stimmen.

Berlin gegen Schacht.

Wie wir hören, wird die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion morgen im Rathause dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung durch einen Dringlichkeitsantrag Gelegenheit geben, zu der skandalösen Bochumer Rede des Reichsbankpräsidenten Schacht Stellung zu nehmen. Da die Ausführungen Dr. Schachts offensichtlich in erster Linie gegen die Reichshauptstadt gemünzt waren, erscheint es erwünscht, daß die Berliner städtischen Behörden als erste sich gegen die durch nichts gerechtfertigten Angriffe zur Wehr setzen.

Gesandtenwechsel in Moskau.

Otto Pohl abberufen.

Aus Moskau kommt die Meldung, daß der Gesandte der Republik Deutschösterreich, Otto Pohl, dem Vorsitzenden des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion sein Abberufungsschreiben überreicht hat.

Schon seit einiger Zeit waren Pressemeldungen aufgetaucht, die diese Abberufung voraussagten, aber aus Wien kam nichts Amtliches darüber. Nun liegt die Tatsache vor: die christlichsozial-großdeutsch-landbündlerische Regierung Seipel braucht nicht länger die Republik durch den Sozialisten Otto Pohl in Moskau vertreten zu sehen.

Der nun scheidende Gesandte ist kein anderer als der langjährige Pariser Korrespondent des „Vorwärts" und der Wiener „Arbeiter-Zeitung" in der Vorkriegszeit. Der ersten Regierung der Republik diente er als „Pressechef", wie die schöne Bezeichnung eines neuzeitlichen Amts lautet, ging aber bald zur Leitung der Kriegsgefangenenrückkehr und der Fürsorge für sie nach Moskau. Alte Pariser Freundschaft mit Lunatscharsky und anderen Bolschewiki ließ Pol für dieses Amt und dessen Fortsetzung als Gesandter besonders geeignet erscheinen.

Marineleitung gegen Parlament.

In Frankreich.

Paris, 23. November. (Eigenbericht.)

Der Marineausschuß der Kammer verlangt eine parlamentarische Untersuchung wegen der Meutereien im Marinegefängnis von Toulon und auf dem Panzerkreuzer „Ernst Renan". Minister Leygues weigerte sich, eine solche Untersuchung zuzulassen, worauf der Ausschuß beschloß, die Kammer über diesen Streitfall entscheiden zu lassen. Dazu erklärte der Minister, er werde im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten Poincaré die Vertrauensfrage stellen.

Masernepidemie in Zehlendorf.

Die Nordschule geschlossen.

In der Zehlendorfer Nordschule, wo gestern wegen zahlreicher Masernerkrankungen mehrere Klassen geschlossen worden waren, wurde heute die Einstellung des ganzen Schulbetriebes der Nordschule angeordnet, weil sich die Erkrankungen weiter in sehr starkem Maße vermehrt haben. Die Schließung der Schule wird voraussichtlich bis zu den Weihnachtsferien dauern.

Katastrophenpolitiker Schacht.

Drohende Massen-Erwerbslosigkeit. — Schwere Anklagen der deutschen Städte.

Nach seiner ersten Abwehr auf dem Bayerischen Städtetag gibt Präsident Dr. Mulert im Namen des Deutschen Städtetages dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht jetzt eine ausführliche Antwort, die demnächst auch in den „Mitteilungen des Deutschen Städtetages" veröffentlicht werden wird.

Für den Reparationsagenten sei es schwer gewesen, der geschichtlichen Entwicklung und der innerdeutschen staatlichen Organisation bei der Beurteilung der Gemeindefinanzen gerecht zu werden. Es sei aber in hohem Maße bedauerlich, daß inländische Kritiker unter Berufung auf den Reparationsagenten eine

planmäßige Propaganda gegen die deutschen Städte

eingeleitet haben und in dem Bestreben, ihre eigenen Ziele auf Kosten der Gemeinden zu fördern, den Städten eine verschwenderische Ausgabenwirtschaft weit über die Kritik des Reparationsagenten hinaus vorgeworfen hätten. **Die Rede Schachts in Bochum habe diesem gegen die deutschen Städte gerichteten Kampf einen starken Antrieb gegeben.** So selbstverständlich die Erhaltung der Währung sich in weitestem Umfange mit den Absichten der deutschen Städte decke, so seien die schweren ungerechtfertigten Angriffe Schachts gegen die Städte um so bedauerlicher. Gegenüber der kühnen Behauptung Schachts, daß, wenn die Städte ihre Luxusausgaben unterlassen hätten, wir wahrscheinlich nicht eine einzige kommunale Auslandsanleihe hätten aufzunehmen brauchen, werden folgende Tatsachen festgestellt:

Die von den gesamten deutschen Kommunen aufgenommenen Auslandsanleihen machen **nur 10 Proz. der deutschen langfristigen Auslandsverschuldung** aus. Seit 1924 bis November 1927 sind von sämtlichen Gemeinden 548, von den deutschen Großstädten über 100 000 Einwohner nur 406 Millionen im Ausland aufgenommen worden gegenüber mehr als 5½ Milliarden der gesamten Auslandsverschuldung Deutschlands. Die gesamte langfristige Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Inland und Ausland seit 1924 beträgt nur rund 2,5 Milliarden Mark gegenüber jährlich 750 bis 830 Millionen. In jedem der letzten Jahre vor dem Kriege sind im Durchschnitt der letzten vier Jahre nur je 625 Millionen langfristige Schulden aufgenommen worden. Dabei ist zu berücksichtigen: 1. die Minderung der Kaufkraft gegenüber der Vorkriegszeit, 2. die Tatsache, daß die Gemeinden von Mitte 1914 bis Ende 1923, also zehn Jahre lang, von jeglicher Anleiheaufnahme ausgeschlossen waren. Dringliche Wirtschaftsaufgaben und der Bedarf an Mitteln zur Rationalisierung ihrer Betriebe mußten zurückgestellt werden.

„Kein Dollar, kein Gulden, kein Pfund der Auslandsanleihen ist für sogenannte unproduktive Zwecke ausgegeben worden! Die aufgenommenen Auslandsgelder sind ausschließlich produktiven Zwecken (Elektrizität, Gas, Wasser, Hafenanlagen, Verkehrsmitteln usw.) zugeleitet und vorzugsweise für die Modernisierung und Ausgestaltung der Versorgungsbetriebe verwendet worden."

Bei der ständig wachsenden Bevölkerung wäre es unverantwortlich, die Gemeinden in der Erfüllung ihrer Aufgaben knebeln zu wollen und damit etwa im Erfolge diese Aufgaben in die Privathand hinüberzuspielen. Die beträchtlich gesteigerten Erträgnisse der mit Auslandsgeldern geschaffenen Werte haben nicht zu einer Belastung, sondern zu einer

Entlastung der Steuerzahler

geführt die viel weniger zur Balanzierung des Haushalts herangezogen werden als früher. „Wie kann man angesichts dieser allgemein anerkannten Tatsachen ernstlich behaupten, daß die Gemeinden bei den Auslandsanleihen die Haut ihrer Steuerzahler zu Markte trügen?"

Von sämtlichen 42 deutschen Großstädten haben nur 21 Auslandsanleihen für 406 Millionen aufgenommen. Diese 21 Städte haben von 1925 bis 1927 insgesamt nur 77,30 Millionen für von einzelnen Stellen als „nicht dringlich" bezeichnete Neuanlagen ausgegeben. Für sämtliche Großstädte ohne die drei Hansastädte ergibt sich in den drei Jahren ein Betrag von 104,05 Millionen Mark.

Für die sogenannten Luxusausgaben sind aber überhaupt keine Auslandsgelder verwendet worden.

Wenn man die Belastung des eigentlichen Etats aus Verzinsung und Tilgung der für solche Neuanlagen verwendeten außerordentlichen Mittel ins Auge faßt, so ergibt sich im Durchschnitt eine Belastung von nicht mehr als einem halben Prozent.

Was versteht der Reichsbankpräsident unter

überflüssigen Luxusausgaben?

Die körperliche Kräftigung der Jugend sei nach der Unterernährung aus Kriegs- und Inflationszeit eine nationale und soziale Pflicht, sie erspare Kranken- und Fürsorgelasten. **Für ungeheure Erwerbslosenmassen mußte drei Jahre lang Beschäftigung bei Notstandsarbeiten gefunden werden.** Im Gegensatz zu den eigenen Wünschen des Reichsbankpräsidenten würde die große Mehrheit des deutschen Volkes zu kulturwidrigen Einschränkungen genötigt sein, wenn nicht die Gemeinden durch eine vorausschauende Städtebaupolitik und durch Schaffung von Grünanlagen, Schwimmbädern usw. dafür Sorge trügen, daß

auch die ärmere Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen primitivste Kulturbedürfnisse befriedigen kann.

Der Reichsbankpräsident sieht, obwohl er dem Wohnungsbau produktive Zwecke zugesteht, den Ankauf des dazu erforderlichen Geländes als Luxus an. Die Rechnung Schachts habe ein Loch, sie **übersehe völlig den Menschen, dessen Arbeitskraft die wertvollste Grundlage der Produktivität und der Fähigkeit Deutschlands sei, den Reparationsverpflichtungen nachzukommen.**

Schachts Verantwortung für den Arbeitsmarkt.

Obwohl nach der Ueberzeugung der Wissenschaft die deutsche Kapitalversorgung um so billiger erfolge, je mehr durch die Kommunen Auslandsanleihen nach Deutschland fließen, soll nach den Absichten des Reichsbankpräsidenten diese billigere Versorgung künftig versperrt werden. „Führt die Reichsbank ihren Kampf gegen die deutschen Städte fort, setzt die Beratungsstelle für Auslandskredite ihre Tätigkeit weiterhin aus, und wird der Auslandsmarkt für öffentliche Anleihen „erfolgreich" zerschlagen, so werden sich schwerwiegende Rückwirkungen für die gesamte Wirtschaft ergeben. Die Auftragserteilung der Kommunen an Industrie und Handwerk, die jetzt bereits gedrosselt wird, muß in kurzer Zeit ganz zum Stillstand kommen. Die durch das Versagen des privaten Inlandsmarktes bereits vorgeschrittene Krise am Baumarkt wird verschärft. Neue Beunruhigung des Arbeitsmarktes auf der ganzen Linie wird die Folge sein. **Die erfreulicherweise zurzeit wesentlich eingeschränkte Arbeitslosigkeit wird in wenigen Monaten in ungeahnter Weise anschwellen. Hunderttausende, die jetzt ihr Brot durch geordnete Arbeit redlich verdienen, werden wiederum arbeitslos auf der Straße liegen.** Und zu dem sozialen Elend tritt die finanzielle Belastung durch Millionen produktiver Erwerbslosenunterstützung. Die deutschen Städte haben rechtzeitig gewarnt. Die Verantwortung für die sich anbahnende Entwicklung werden andere Stellen zu tragen haben!"

Volksparteiliche Bekenntnisse.

Kardorff redet links herum.

In der Lessing-Hochschule hielt der volksparteiliche Abgeordnete von Kardorff einen Vortrag über „Deutschlands politische Struktur", aus dem einiges festgehalten zu werden verdient. Nachdem Kardorff im Anfang daran erinnert hatte, daß nur durch die „starken staatsmännischen Gaben des ersten Reichspräsidenten Ebert" die neue staatliche Ordnung geschaffen werden konnte, unterstrich er noch einmal, was er am Verfassungstage ausführte: „Deutschland kann nur auf dem Boden der Republik wieder in die Höhe kommen. Wer sie beseitigen will, begeht ein Verbrechen an Volk und Vaterland."

Zur Flaggenfrage sagte Kardorff: „Der Flaggenstreit, wie er jetzt geführt wird, ist eine nationale Würdelosigkeit. Ein Volk, das seine Nationalflagge nicht achtet, wird nicht geachtet."

Zum Parlamentarismus übergehend, geißelte er einen Zustand, der es bei der Bildung der letzten Regierung Marx-Stresemann-Hergt möglich gemacht hätte, daß die deutschnationale Fraktion darüber abgestimmt hätte, ob Herr Hergt oder Herr von Lindeiner Minister werden solle. Weiter sprach er mit Bitterkeit von dem Byzantinismus der wilhelminischen Epoche. **Klipp und klar bekannte er sich zum neuen** Staate, den er nur in Einzelheiten nach seinem Sinne reformieren will.

Das sind Worte, die erfreulich klingen. Es fragt sich nur, ob sie von den Mannen der Deutschen Volkspartei — namentlich auch in der Provinz — gehört werden und ob man im kommenden Wahlkampf einen ebenso verständigen Ton anschlägt.

Wer opponiert, fliegt ins Gefängnis!

Sagt Tomski. — „Das heißt bei uns Demokratie!" — sagt Rakowski.

In dem Aufruf des Zentralkomitees der russischen Kommunistischen Partei gegen die Opposition war von gewalttätigem Eindringen Oppositioneller in Sowjetinstitutionen die Rede. Man konnte nur dunkel vermuten, worum es sich handelte. Nun erfährt man aus einer Rede Tomskis auf der ersten Leningrader Bezirkskonferenz vom 15. November, was das Zentralkomitee gemeint hat. Tomski sagte:

„Ein Glied des Fraktionskampfes reiht sich an das andere — die Leute gehen schließlich dazu über, sich der Räume für ihre Versammlungen mit Gewalt zu bemächtigen. **Sie brauchen ein Lokal, sie wollen eine Versammlung des ganzen Stadtbezirks einberufen** — da bemächtigen sie sich einfach mit Gewalt der Sowjeträumlichkeiten, sie bemächtigen sich der Auditorien in der staatlichen Hochschule, stellen ihre Wachen auf, lassen nur ihre Gesinnungsgenossen hinein, weisen jeden Fremden ab. Wie nennt man so etwas? In jedem lumpigen Staat, um so mehr unter Bedingungen der proletarischen Diktatur bezeichnet man so etwas als **Konspiration gegen den bestehenden Staat!**

Natürlich, in einem bürgerlichen Staat haben auch wir Bolschewiken ähnliches getan. Auch ich selbst habe Gelegenheit dazu gehabt. Aber, Genossen, das war dort. Diejenigen jedoch, die uns und die Kapitalisten auf eine Stufe stellen wollten, befinden sich in einem mächtigen Irrtum."

Nachdem Tomski des weiteren ausführlich über die Art der Opposition, zu demonstrieren, gesprochen hatte, stellte er die Frage:

Soll etwa das Zentralkomitee Miliz und die Rote Armee aufstellen und sagen: Platz frei, die Opposition demonstriert? (Beifallsklatschen.)

In Charkow hat Rakowski auf einer zahlreichen Versammlung in Gegenwart ausländischer Delegierter zu

Der erfolgreiche Mensch.

Von Jodok.

Erfolg... Erfolg..., wer möchte ihn nicht haben! Herbert N. Casson, ein englischer Kaufmann und Schriftsteller zugleich, hält jetzt in Berlin vielbeachtete Vorträge über den Erfolg und lehrt, daß der Erfolg kein mystisches Geschenk des Zufalls, sondern eine errechenbare Größe sei. Er sei eine Komponente gewisser, ganz realer Faktoren, und es komme darauf an, sich nicht von vagen Vermutungen, sondern von Tatsachen leiten zu lassen. Casson ist mit dem Vorsatz, einen Kragen zu kaufen, in ein Berliner Geschäft gegangen. Der Verkäufer ist Casson mit der Frage ins Gesicht gesprungen, in welcher Preislage sich der Kragen befinden solle. Falsch, sagt Casson. Der Verkäufer hätte sagen müssen: Guten Tag, lieber Herr, wie gehts, wie stehts? Was machen die Kinder? Schönes Wetter heute! Uebrigens einen Kragen habe ich jetzt hereinbekommen, ein Krägelchen... Sowas finden Sie in der ganzen Stadt nicht wieder! Den Preis hätte der Verkäufer ganz zuletzt und nur beiläufig nennen müssen. Als Musterbeispiel, wie es gemacht werden müsse, führt Casson den amerikanischen Großkaufmann John Wanamaker an. Mit 14 Jahren fing dieser, als Multimillionär gestorbene Geldfürst als Laufbursche an. (Alle Reichen wollen früher einmal arm gewesen sein.) Als Angestellter fiel er dann durch gereimte Zweizeiler, die er ins Schaufenster stellte und durch andere originelle Reklameideen auf. Als Chef ließ er sich nie verleugnen, hörte alles an, hielt sich sehr wenig am Schreibtisch und sehr viel im Geschäft auf, studierte die Seele des Publikums. Als Mensch las er gern sentimentale Novellen und verachtete das Theater, weil es unnatürlich wäre.

Ich glaube an Casson, wenn auch nur teilweise. Zunächst einmal steht ja fest, daß Geschäftsklugheit auf keinen Fall die unbedingte Voraussetzung des Erfolgs ist, daß man, etwa auf der Basis ererbten Reichtums, zu größerem Reichtum kommen kann, ohne irgendwelche geistige Qualitäten aufzuweisen. Aber es mag wohl sein, daß es so etwas wie einen Geschäftssinn, ein Geschäftsgenie gibt, mit dem man sich so ziemlich unter allen Lebensbedingungen durchsetzt und daß der Erfolg demnach kein Willkürakt des Schicksals, sondern das Ergebnis wissenschaftlicher Methoden ist. Man wird sogar vorurteilsfrei genug sein müssen, Herrn Wanamaker keinen Vorwurf daraus zu schmieden, daß er sentimentale Bücher las und vom Theater nichts hielt. Aber die Betrachtungen, zu denen Cassons Ergebnisse Anlaß geben, sind diese: Zugegeben, daß es ein Efficiency, hier ganz roh mit Geschäftssinn übersetzt, gibt und daß tatsächlich der Reichtum auf Erfülltsein damit und die Armut auf Mangel daran zurückzuführen ist. Dann ist die Tatsache abscheulich genug, daß die Güter der Erde nach Maßgabe eines Spezialtriebs verteilt werden, als welcher sich der vom gesamtvolkswirtschaftlichen Standpunkt genommen völlig unproduktive Geschäftssinn herausstellt. Man könnte es zur Not gerechtfertigt und volkswirtschaftlich begründet finden, daß der Erfolg der Kaufleute sich nach dem Maß von Geschäftssinn regelt, den sie besitzen. Aber es regelt sich auch der Erfolg aller anderen Menschen danach, aller Kategorien von Hand- und Kopfarbeitern, von Leuten also, in deren Aufgabenbereich der Geschäftssinn in keiner Weise gehört. Möglich, daß ein Bergarbeiter mit einer tüchtigen Portion Geschäftssinn als Kohlengroßhändler endet, sicher, daß ein Durchschnittsarzt mit Geschäftssinn mehr verdient als eine Kapazität ohne Geschäftssinn. Aber wo ist die volkswirtschaftliche Begründung dafür, um von der sittlichen ganz zu schweigen, daß dem so ist, daß der Geschäftssinn auch in Berufe hineinspielt, die mit Kaufmannstum ihrem ganzen Wesen nach nichts zu tun haben?

Herbert N. Casson schildert, was ist, und es ist ihm daraus kein Vorwurf zu machen. Wir Sozialisten bauen auf der Erkenntnis des Seienden unsere Forderungen nach dem auf, was sein soll. Es ist der Kapitalismus, der zum Verkauf seiner Kragen vor allem einmal das große Mundwerk eines gerissenen und geschäftstüchtigen Verkäufers braucht. Es soll sein der Sozialismus, bei dem zugunsten der Solidheit eines Kragens das geschäftstüchtige Mundwerk entbehrlich wird.

Der Münchener neue Zoo — der erste geographische Tierpark. Der künftige Münchener Tierpark, der auf dem Gelände des in der Inflationszeit zugrunde gegangenen Zoologischen Gartens im Naturpark von Hellabrunn neu erstehen soll, wird etwas ganz Neuartiges sein. Er wird der erste geographische Tierpark der Welt werden. Die Tiere werden nicht, wie sonst üblich, nach Spezies und Verwandtschaft in einzelnen Häusern zusammengruppiert, sondern die Fauna der verschiedenen Erdteile soll innerhalb großer Gehege gesammelt werden, dort, soweit möglich, in voller Freiheit leben und so wirklich naturgetreue Bilder exotischen Tierlebens vermitteln. Das alte „Gefängnissystem" der Käfige und Häuser soll fallen. Durch solche „Freiheitsbestrebungen" hofft man auch eine reichere natürliche Zucht herbeizuführen, als dies bisher in zoologischen Gärten möglich war, und so einen Stamm akklimatisierter fremder Tiere zu schaffen. Damit würde der Tierpark von Hellabrunn zugleich eine Großzuchtfarm für exotische und im Aussterben begriffene Fauna.

Museumsführungen. Am Sonntag, dem 27., 10 Uhr, sprechen im Neuen Museum Dr. Graeven über „Hieroglyphenschrift und ägyptische Literatur", im „Kaiser-Friedrich-Museum Dr. Lange über: „Multscher und der Beginn des Realismus" und im Museum für Völkerkunde Dr. Kaumann über: „Hausbau und Mobiliar in Afrika". Teilnehmerkarten 50 Pf. vor Beginn am Eingang.

Vorträge. Den zweiten Vortrag innerhalb der Reihe „Die Medizin der Gegenwart" (mit Lichtbildern) hält Prof. Fr. Kraus über „Innere Krankheiten", Donnerstag, abends 8½, Nur. Lützowstr. 84 d.

Die Sektion für Dichtkunst der Akademie der Künste hält Donnerstag ihren ersten Vortragsabend vor geladenem Publikum ab. Es werden Josef Ponten (München) und als Gast Alfred Brust (Kranz i. Pr.) aus eigenen Werken lesen.

Winterkonzert der „Typographia."

Wer etwa der „Typographia" ihre Ausnahmestellung unter den Männerchören nicht gönnt, der studiere nur einmal die letzte Vortragsfolge. Vergleicht man damit die unserer größten Männerchöre, so möchte man aus den gelegentlichen zeitgenössischen Schmarren den Schluß ziehen, daß die Produktion der Lebenden auf dem Nullpunkt angekommen ist. Alexander Weinbaum aber bringt auf einen Schlag zwei neue Zyklen, die in ihrer Art beide lebhafte Beachtung verdienen. Eine „Tanzliedsuite" von dem Münchener Josef Haas und die „Lieder eines Dorfpoeten" von dem Augsburger Heinrich Kaspar Schmid. Es sind die denkbar größten Gegensätze. Meister Haas schreibt einen kontrapunktisch und imitatorisch höchst anspruchsvollen Satz, ganz angemessen der Einstellung des Zeitalters, dem die Dichtungen entsprossen sind, nämlich dem 16. Jahrhundert (außer dem modernen „Die Katze auf dem Dach" aus dem 18. Jahrhundert). Es ist zunächst eine Delikatesse für Kenner und Feinschmecker, und nur Männerchöre allerersten Ranges können sich an diese Aufgabe wagen. Weit populärer, einfacher, einschmeichelnder und doch nie banal sind die Lieder von Schmid, so recht geeignet, sofort alle Herzen weit zu machen. Das knorrige und bodenständige „Auf der Lüneburger Heide" von Lendvai, einem unserer Eigensten, darf nicht vergessen werden.

Die Ausführung sowohl der alten als auch der zeitgenössischen Chöre stand auf allerhöchster Stufe. Wie vollendet war die halsbrecherische „Tanzsuite", wie schmelzend sangen sich die „Volksweisen" Schmids ein, wie herrlich in jedem Atemzug waren die alten Weisen und Volkslieder. „Innsbruck" von Isaac-Sitt habe ich so schön und rein wohl überhaupt noch nicht gehört, und der prachtvolle Chorklang, die musikalische und geistige Vollbeherrschung aller Aufgaben, die ungeschminkte, mit ein paar einfachen Bewegungen die größten Wirkungen hervorholende Art des Weinbaumschen Dirigierens brachte die dicht gedrängten Zuhörer des Hochschulsaales fast aus dem Häuschen. Auch als Begleiter erwies sich der überlegene Dirigent als erstklassiger Künstler.

Die Solistin Margret Pfahl-Wallerstein stellte sich hauptsächlich als vollendete Koloratursängerin vor, die allerdings von der bravourösen Aeußerlichkeit dieses Spezialfachs einstweilen noch einiges abbekommen hat. Ihre alte Herzlichkeit wird hoffentlich recht bald der technischen Vollendung wieder die Hand reichen. Auch ein aufstrebendes Talent, Erwin Gotthelf, der in der „Tanzliedsuite" ein kleines Solo hatte, sei nicht übergangen. Sein schöner, lyrischer, freier Bariton berechtigt zu großen Hoffnungen.

Heinrich Maurer.

Eine ganze Stadt verkauft. Ein großer Teil von Liverpool, einschließlich der Borrie Bootle, Kirkdale und Walton, ist kürzlich von dem Eigentümer des Grund und Bodens, dem früheren englischen Botschafter in Paris und Mitglied der konservativen Partei, Lord Derby, verkauft worden. Es handelt sich dabei um einen Block von 22 000 Häusern, den der Londoner Finanzmagnat Philipp Hill insgesamt für den Preis von 1 750 000 Pfund Sterling erworben hat. Lord Derby ist schon seit dem Jahre 1922 damit beschäftigt, seinen enormen Grundbesitz zu liquidieren. Die letzte, hier erwähnte Trans-

sprechen versucht. Die Arbeiter haben ihn daran gehindert. Da wendet er sich an die ausländischen Arbeiter und sagt:

„Nun seht ihr, daß heißt bei uns Demokratie!"
(Zurufe: Schande!)

Nachdem der Redner dann eingehend die Kampfmethoden der Opposition gegen die Partei geschildert hatte, sagte er:

„So standen wir vor der Frage, sollen wir das weiter dulden oder endlich sagen, stop, und wir haben gesagt: verzichtet auf all das, macht Schluß, illegale Versammlungen werden wir nicht mehr gestatten. Zum Teufel mit der Fraktionsbildung, untersteht euch nicht mehr, euch bei den Parteilosen über uns zu beklagen. Wohin sollte das sonst führen. Auf einer kleinen mechanischen Fabrik, die 200 Arbeiter beschäftigt, erschien eines Tages ein Plakat an der Wand: **„Genossen, parteilose Arbeiter, protestiert gegen den Ausschluß Trotzkis und Sinowjews aus der Partei."**

Auf der Konferenz des Bezirks Sokolniki — ihr wißt ja, Genossen, daß auf einer Parteikonferenz nur Parteimitglieder anwesend sein dürfen — wurde ein Zettel auf die Tribüne geschleudert: „Wir werden euch Stalin-Anhänger treten, würgen, erschießen usw." Es ist möglich, daß Sinowjew und Trotzki derartige Gesinnungen euch nicht teilen; in einigen Kreisen wird aber doch die Frage erörtert, was mit Demjan Bedny (der bolschewistische Hofpoet. D. Red.) wegen seiner Rede auf der Parteikonferenz des Bezirks Samoskworjetzkaje geschehen soll; ob man ihn töten oder durchbläuen soll. Da seht ihr, wohin es führt, so mußten wir sagen: entweder sagt ihr euch von diesen Kampfesmethoden los oder raus mit euch. Genug . . .

Die Oppositionellen verbreiten Gerüchte über Repressalien, über die zu erwartenden Verhaftungen, über Gefängnis und Solowetzki usw. Wir werden aber den nervösen Leuten sagen:

Wenn ihr euch jetzt nicht beruhigen werdet, nachdem wir euch aus der Partei ausgeschlossen haben, dann werden wir euch einfach höflichst bitten, euch zu setzen, denn das Stehen bekommt euch nicht. . .

Wenn ihr jetzt versuchen sollet, in die Fabriken zu gehen, dann werden wir euch sagen, setzt auch mal bitte (stürmisches Händeklatschen). Denn, Genossen, unter der Diktatur des Proletariats kann es wohl zwei, drei und vier Parteien geben, jedoch nur unter einer Bedingung: nämlich, daß die eine Partei an der Macht ist **und die anderen im Gefängnis.** (Händeklatschen.)

Wer das nicht kapiert, der hat keinen Begriff von der Diktatur des Proletariats, der hat keine Ahnung von der bolschewistischen Partei, der stellt sich die Partei als einen seelenlosen Apparat vor. Wir haben die linken Sozialrevolutionäre gekannt, wir haben so manches erlebt, auch mehr als einen Bruch durchgemacht. Ist es uns etwa leicht geworden, mit den Menschewiken zu brechen, haben wir nicht etwa früher mit ihnen zusammen auf den Gefängnispritschen gegessen, getrunken und haben wir da nicht zusammen mit ihnen geschlafen? Und doch haben wir mit ihnen brechen müssen und die Diktatur des Proletariats gegen sie führen. Dagegen ist nichts zu machen. **Denn bei der Diktatur des Proletariats kann sich nur eine Partei an der Macht befinden, und derjenige, der gegen die Partei kämpft, muß im Gefängnis sitzen. Das heißt Diktatur!"**

Sechsjährige Präsidentschaft in Mexiko.

Durch neues Gesetz um zwei Jahre verlängert.

Mexiko, 23. November. (Eigenbericht.)

Das Parlament nahm einstimmig ein Gesetz an, durch das die Präsidentschaftsperiode auf 6 Jahre verlängert wird (bisher vier). Das Gesetz tritt nach der Präsidentenwahl des nächsten Jahres in Kraft.

Dr. Wirth ist gestern infolge des Glatteises ausgeglitten und hat sich den Ellenbogen ausgekugelt.

Sturm, Schnee und Regen.

Große Verkehrsstörungen in Berlin. — Schiffsunfälle auf Nord- und Ostsee.

Den Berlinern bot sich heute in der zwölften Mittagsstunde ein seltsames und bemerkenswertes Naturereignis. Bei 4 Grad Kälte begann gegen ½12 Uhr plötzlich Regen zu fallen. Straßen und Fahrdämme waren in wenigen Minuten mit einer gefährlichen Glatteisdecke überzogen. Wie uns vom amtlichen Wetterdienst mitgeteilt wird, hat es mit diesem seltenen Naturspiel als Vorboten einer zu erwartenden Erwärmung folgende Bewandtnis: Schon gestern abend machte sich ein Abflauen der eisigen Ostwinde bemerkbar, und das Quecksilber stieg von —8 auf —5 bzw. —4 Grad. Aus der Mittelmeergegend strömen augenblicklich warme Luftströme in einer Höhe von etwa 1200 bis 1300 Metern nach Norden. Unter diesem Wärmeluftgebiet, das auch die Ursache des plötzlichen Regens ist, liegt das Kältegebiet mit durchschnittlich noch etwa —4 Grad. Langsam wird sich zwischen der hochliegenden warmen und tiefliegenden kalten Luft, wohinzu noch die Frost absorbierende Erde kommt, ein Ausgleich vollziehen, der ein Ansteigen der Temperatur bis zum Nullpunkt und zeitweise darüber bringen soll. Es ist also in nächster Zeit mit einer Milderung des Frostes zu rechnen. Auch in den Bergen macht sich eine starke Erwärmung bemerkbar. Auf der Schneekoppe und dem Brocken wurden nur noch —1 Grad, auf der Zugspitze in den Alpen nur noch —6 Grad in 3000 Meter Höhe gemessen. Der Feldberg im Schwarzwald hatte in 1500 Meter Höhe nur noch 0 Grad. Sollte die Erwärmung anhalten, dürften alle Hoffnungen auf den Wintersport wieder einmal zunichte sein.

Wie wir bereits heute früh mitteilten, kamen im Laufe der gestrigen Abendstunden zahlreiche Personen infolge der Glätte zu Fall und zogen sich mehr oder minder erhebliche Verletzungen zu. Heute vormittag ereigneten sich wieder zahlreiche Stürze. 23 Personen mußten die Hilfe der Rettungsstelle in Anspruch nehmen. Allein 14 der Verunglückten mußten mit Arm-, Beinbrüchen und Kopfverletzungen in Krankenhäuser übergeführt werden.

Verkehrsstörungen durch den Eisregen.

Der Berliner Straßenbahnverkehr hatte besonders stark unter dem Glatteis zu leiden, und es mußten überall Sandstreuwagen in Tätigkeit treten, da die Räder bei den Steigungen nicht faßten und die Fahrzeuge nicht vorwärts zu bewegen waren. Das gleiche Bild zeigte sich bei der Hochbahn, wo sich auch in den Mittagsstunden die Verkehrsstörung des Morgens noch auswirkte. Beispielsweise konnten die Hochbahnzüge auf der Strecke Gleisdreieck—Warschauer Brücke nur mit großer Langsamkeit verkehren, und auch hier waren die Schienen infolge des Eisregens so glatt geworden, daß man von den nächstliegenden Bahnhöfen aus stumpfmachendes Material heranschaffen mußte, um ein Weiterfahren der Züge zu ermöglichen. Noch schwieriger wurde die Situation aber, als das Eis auf den Schienen festfror. Dadurch wurde die Stromzufuhr abgesperrt, und zwischen dem Bahnhof Hallesches Tor und Prinzenstraße mußten schleunigst Arbeiter eingesetzt werden, die mit Taumitteln die Schienenstränge bearbeiteten. Trotz alledem war es nicht möglich, auch nur einen einigermaßen geregelten Verkehr abzuwickeln, und auf der genannten Strecke wurden die Verstopfungen zwischen 12 und 1 Uhr immer stärker. Auch für den Fuhrwerksverkehr machte sich die Glätte äußerst unangenehm bemerkbar. An verschiedenen Stellen Berlins kamen die Pferde zu Fall, wodurch ebenfalls erhebliche Verkehrsstörungen hervorgerufen wurden.

Das gesamte Berliner Hoch- und Untergrundbahnnetz mit Ausnahme der Nordsüdbahn und der U-Bahnstrecke Nürnberger Platz—Thielplatz wurde heute früh von einer empfindlichen Verkehrsstörung betroffen, die etwa eine Stunde andauerte. Zahlreiche Angestellte und Beamte konnten ihre Arbeits- oder Dienststellen nur mit großen Verspätungen erreichen.

Um 8.25 Uhr blieben die starkgefüllten Züge plötzlich mitten auf der Strecke stehen. Das Licht erlosch, ohne daß es zunächst gelang, eine Erklärung für die Betriebsstörung zu erhalten. Wie später bekannt wurde, war in der Maschinenanlage des Kraftwerkes Unterspree, das den größten Teil des H- und U-Bahnnetzes mit Strom versorgt, eine Störung eingetreten, die eine Unterbrechung der Stromzufuhr zur Folge hatte. Erst gegen ½10 Uhr war der Schaden im Kraftwerk Unterspree soweit behoben, daß der Strom wieder einsetzte und der Hochbahnbetrieb wieder allmählich in normalen Gang kam.

Auch heute früh machten sich im Zugverkehr die inzwischen stärker gewordenen Schneefälle wieder störend bemerkbar, so daß **eine ganze Reihe von Zügen mit Verspätungen eintrafen.** Von diesen Verspätungen wurde am stärksten der Amsterdamer D-Zug D 137 betroffen, der auf dem Bahnhof Charlottenburg, wo er 7,07 Uhr eintreffen soll, erst um 7,47 Uhr, also mit 40 Minuten Verspätung, einrollte. Auch der L 11, der aus Paris kommende Nordexpreß, traf ebenso wie der Kölner D-Zug D 7 mit 22 Minuten Verspätung auf dem Bahnhof Charlottenburg ein. Auf dem Anhalter Bahnhof verspätete sich der Münchener Zug Z 25 um 14 Minuten, und auf dem Stettiner Bahnhof mußte man 24 Minuten auf die Ankunft des aus Saßnitz kommenden Zuges D 18 warten. Auch der D 24 aus Bukarest, der um 7,05 Uhr fahrplanmäßig auf dem Schlesischen Bahnhof eintreffen soll, verspätete sich infolge Schneeverwehungen und Vereisungen der Weichen um eine halbe Stunde. Vierundzwanzig Minuten hatte auch der aus Eydtkuhnen kommende D 52 Verspätung. Die auf dem Lehrter und Görlitzer Bahnhof eintreffenden Züge kamen fahrplanmäßig an, während man auf dem Potsdamer Bahnhof 15 Minuten auf den Aachener Zug D 37 warten mußte, der sonst um 9 Uhr eintrifft.

Oststurm über Skandinavien.

Kopenhagen, 23. November.

Der orkanartige Oststurm nimmt immer mehr zu und wird vermutlich noch einige Zeit anhalten. Aus Gjedser wird Windstärke 10 gemeldet. Der Luftverkehr zwischen Deutschland und Schweden mußte eingestellt werden. Die Schiffe treffen in allen Häfen mit außerordentlich großen Verspätungen ein. Der Dampfer „Jolantha" rannte in der Nacht im Freihafen gegen das Hafenbollwerk an und wurde erheblich beschädigt. Von Falstenborg aus wurden mehrere vor Anker treibende Schiffe gesichtet, die vom Sturm der Küste zugetrieben werden. Der Dreimaster „Folia" ist gestern in den Kopenhagener Hafen eingeschleppt worden, nachdem er beide Anker verloren hatte. Mehrere Segler, die an der Küste von Bornholm Schutz gesucht hatten, befinden sich in Seenot. Der von Schweden kommende Schoner „Marn" ist in der Flensburger Bucht gestrandet. Ebenso wird gemeldet, daß der große amerikanische Tankdampfer „Illinois" gestern vor Landskrona auf Grund gelaufen ist. Auf Jütland hat der Orkan gewaltige Schneemassen zusammengetrieben, so daß der Eisenbahnverkehr nur mit Mühe aufrecht erhalten werden kann.

Saßnitz auf Rügen, 23. November.

Seit drei Tagen herrscht hier ein **gewaltiger Weststurm, der große Sorge für die Schiffe auf See aufkommen läßt.** In der vergangenen Nacht wurden von See her zwei Schüsse gehört, auch ein Licht durch den Hafenwächter gesichtet. Als die Rettungsmannschaften ausfuhren, war aber nichts mehr zu sehen. Es wird befürchtet, daß ein in Seenot befindliches Schiff **nahe vor dem Hafen gesunken ist.** Nähere Anhaltspunkte fehlen aber noch. Im Hafen selbst wurde durch die Wogen, die über die Molen hinwegrollten, gestern vormittag der in Winterquartier liegende Tourendampfer „Arkona" (Saßnitzer Dampfergesellschaft) zum Kentern gebracht. Der Dampfer liegt bis zum Schornstein unter Wasser.

Hamburg, 23. November.

Infolge des tagelangen scharfen Ostwindes ist im **Hamburger Hafen mit 70 Zentimeter unter Null der niedrigste Wasserstand erreicht worden,** den Hamburg je erlebt hat. **Die St. Pauli-Landungsbrücken sind vollständig auf Grund geraten.** Die Schiffahrt erleidet große Störungen, zahlreiche große Schiffe mußten unterhalb Hamburgs vor Anker gehen.

35 Fischer ertrunken.

London, 23. November.

Die schweren Stürme der letzten Tage haben der Schiffahrt großen Schaden zugefügt. **Bei dem Untergang von Fischerbooten in der Nähe von Malaga und Cadiz sind 35 Personen ertrunken.** Wie weiter gemeldet wird, ist der deutsche Dampfer „Neberjed" (?) an der spanischen Küste gesunken. Die Besatzung soll gerettet worden sein. An der englischen Küste in der Nähe von Yarmouth befindet sich der **Oeldampfer „Georgia" aus Holland mit 15köpfiger Besatzung in sinkendem Zustand.** Die Rettungsboote können wegen der schweren See nicht an den Oeldampfer herankommen. Von London aus sind besondere Hilfsmaßnahmen eingeleitet worden.

---

aktion, ist aber der größte Besitzwechsel, der sich bisher in England vollzogen hat. Bootle allein, wo sich die großen Docks von Liverpool befinden, ist eine Stadt für sich, die 80 000 Einwohner zählt. Der Verkauf der 22 000 Häuser ist in diesem wie in allen früheren Fällen auf die unerträglich hohe Grundsteuer zurückzuführen, die es den englischen Besitzern immer schwieriger macht, ihren Immobilienbesitz zu erhalten. Es dürfte sich dabei weniger um Häuser als um kleine Arbeiterhäuschen handeln.

Westlicher Byzantinismus.

Man schreibt uns aus Holland:

Im Frühling dieses Jahres hat die Kronprinzessin ihr 18. Lebensjahr vollendet. Sie hat nun Anspruch auf einen Sitz im Staatsrat, dem Körper, der zu allen Gesetzentwürfen sein Gutachten abgeben muß. Und später einmal soll sie gar Königin sein. Dann wird sie das Land regieren, wird Gesetze „geben", wird „nach Belieben" das Parlament auflösen, Minister ernennen und entlassen. Die Mutter, die schon seit ungefähr dreißig Jahren diesen Beruf ausübt, hat sich nun überlegt, daß einige juristische Kenntnisse dabei nicht schaden könnten. Und weil die junge Dame Zeit genug hat, ist beschlossen worden, sie als Studentin nach der uralten Leidener Universität zu senden. Sie wird dort ein Student unter den Studenten sein, wie bekannt gegeben wurde, und deshalb sind zwei große Villen in dem nahegelegenen Katwijk für sie eingerichtet worden. Es gibt in Holland Studenten, die einfacher leben müssen.

Soweit ist die Angelegenheit noch ganz vernünftig. Nun aber kommt die Unvernunft: jetzt tritt der akademische Senat auf den Plan, die gesamten Ordinarii der Universität. Als die Zeit der Immatrikulation kam, erschien auf dem Schwarzen Brett die Mitteilung, daß Studenten, die bestimmte, näher bezeichnete Vorlesungen zu hören wünschten, sich dafür besonders eintragen lassen müßten. Das waren natürlich die Vorlesungen, die auch die Prinzessin besuchen wollte. Diese Maßnahme hat einigen Staub aufgewirbelt, denn sie war ungeheuerlich. Das holländische Gesetz sagt, daß der immatrikulierte Student Zutritt zu allen Vorlesungen hat. Eine besondere Eintragung ist nicht vorgesehen. Ebensowenig kennt das Gesetz eine andere, auch bereits getroffene Maßnahme: die gewaltsame Entfernung eines Studenten, der solch ein „fürstliches" Kolleg besuchte, ohne daß er sich dafür hatte eintragen lassen.

Im III. Konzert der Volksbühne, am Sonntag, dem 27., im Theater am Bülowplatz werden neue Werke von Paul Hindemith zur Aufführung gelangen. Der Komponist spielt die Sonate für Bratsche allein, außerdem wirken mit: Irene Eden, Sopran, Prof. Kurt Schubert, Klavier, Paul Herrmann, Violoncello, das Blasquintett der Kapelle der Staatsoper.

Jith Wolf-Israel tanzt am 26., 23 Uhr, im Renaissance-Theater als neues Programm: Tänze, Parodien und Grotesken. Preise von 1—6 M.

Eine Hindenburg-Jubiläums-Gedenkmünze. Das Reichsfinanzministerium hat mit Zustimmung des Reichspräsidenten anläßlich seines 80. Geburtstages, dem Bayerischen Hauptmünzamt die Prägung einer Hindenburg-Jubiläums-Gedenkmünze nach einem Entwurf des Münchener Bildhauers Karl Göz genehmigt.

Eine Filmstadt in Moskau. In Moskau wurde der Grundstein zur ersten Filmstadt der Sowjetunion gelegt, für deren Bau und Ausrüstung fünf Millionen Rubel bereitgestellt wurden.

Eifersucht ist eine Leidenschaft . . .

Ein Liebhaber mit Dolch, Salzsäure und Revolver.

Unter der Anklage des versuchten Totschlages und unbefugten Waffenbesitzes stand der 27jährige Kaufmann Alfred Feder aus Brandenburg a. H. vor den Potsdamer Geschworenen. Er hat auf seine Geliebte in maßloser Eifersucht ein Revolverattentat verübt und das Mädchen schwer verstümmelt. Die Verhandlung zog sich bis Mitternacht hin und endete mit einer Verurteilung des Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis.

Der Angeklagte, ein Mensch, der von einer krankhaften Eifersucht besessen ist, und dessen Gefühlsleben merkwürdige Eigenarten aufweist, lernte anfangs dieses Jahres in Rathenow eine sehr hübsche Kontoristin kennen und lieben. Jeden Sonnabend fuhr der Angeklagte in die Stadt der Brillen, um dort mit seiner kleinen Freundin in einem nahe am Walde gelegenen Hotel sein Wochenende zu verleben. Hin und wieder scheinen sich aber auf den Wochenendabenden Othelloszenen abgespielt zu haben, die nur zu markant auf dem Gesicht und am Körper der Kontoristin abgezeichnet waren. Kam die Aermste doch einmal mit einem blauen Auge, ein andermal mit ausgeprägten starken Würgemalen am Halse ins Bureau. Danach befragt, gestand die Kleine ein, daß ihr Freund aus Brandenburg trotz seiner Liebe in seiner grenzenlosen Eifersucht sie manchmal auch schlage und sogar würge. Selbst einen Dolch brachte er nach Rathenow mit. Ein anderes Mal drohte er wieder, ihr ein paar Kugeln in den Leib zu jagen; Salzsäure hatte der Liebste auch schon für das zarte Gesicht der Freundin in Aussicht gestellt. Das war zuviel, und die Kleine gab ihrem Wochenendfreund endlich den Laufpaß. In seinem Seelenschmerz kaufte sich der Angeklagte einen Revolver, und dann suchte er eine Kartenlegerin in Brandenburg auf. „Junger Mann, Sie kriegen auf dem Gericht zu tun, und Ihre Liebste ist Ihnen nicht treu!" meinte die Frau. Das war zuviel für den Othello. Nach am selben Nachmittag fuhr er nach Rathenow, lauerte seiner abtrünnigen Freundin vor ihrem Hause auf, und als die Versöhnung scheiterte, gab der Angeklagte einen Schuß auf das Mädchen ab, der der Bedauernswerten den Unterkiefer zerschmetterte. Die ärztlichen Sachverständigen bezeichnen den Angeklagten als einen Psychopathen mit hysterischer Veranlagung, gepaart mit Brutalität. Die Voraussetzung für den § 51 sei hier nicht gegeben. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis, wovon sieben Monate der Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Der Mittäter Spruchs.

Bekannt, aber noch noch nicht ergriffen.

Ungeheures Aufsehen erregte im vergangenen Jahre ein großer Juwelenraub, der am 23. September, gerade am Tage der Eröffnung der großen Polizeiausstellung, in der Tauentzienstraße verübt wurde.

Zwei junge Burschen, die die Gelegenheit vorher sorgfältig ausgekundschaftet hatten, drangen unter Abbrennen von Feuerwerkskörpern in den Juwelenladen von Marotti u. Freund ein, schossen auch auf den einen Geschäftsinhaber, ohne ihn zu treffen, und raubten für 120 000 Mark Juwelen aller Art. Trotz eifriger Verfolgung entkamen sie mit der Beute durch das KDW. hindurch. Binnen kurzer Zeit gelang es der Kriminalpolizei, den Haupttäter, einen Johannes Spruch, zu ermitteln und in Breslau festzunehmen. Spruch wurde zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er jetzt in Brandenburg a. d. H. verbüßt. Seinen Mittäter wollte er nicht kennen. Die Ermittlungen ergaben zunächst nur, daß es ein junger Mann mit dem Spitznamen „Schmiede-Paul" sein sollte. Im Laufe der Zeit wurden mehrere Spuren verfolgt, bis man jetzt feststellen konnte, daß der gesuchte Mittäter ein 24 Jahre alter, aus Korenzinek in Polen gebürtiger Stanislaus Kohut ist, der mit Vornamen auch Paul gerufen wird. Dieser Bursche ist oft vorbestraft. Endlich konnte auch Spruch nicht länger leugnen und mußte zugeben, daß er den Ueberfall mit Kohut zusammen ausgeführt hatte. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 300 Mark für zweckdienliche Mitteilungen aus dem Publikum ausgesetzt.

D 1230 nicht gestartet.

Emden, 22. November.

Nach einem hier eingegangenen Funkspruch aus Horta ist entgegen anderslautenden Meldungen das Junkers-Flugzeug D 1230 am Dienstag nicht nach Amerika gestartet. Es hat zwar bei günstigem Wetter und ruhiger See am Nachmittag zwei Startversuche gemacht, konnte aber nicht hochkommen.

(Schluß des redaktionellen Teils)

Als geeignetes Hausmittel gegen die durch die augenblicklich niedrige Temperatur in Erscheinung tretenden Erkältungskrankheiten empfehlen wir den in allen Lebensmittelgeschäften erhältlichen Bühler-Honig.

Die Kanalschiffer im Kampf.

Streik des Personals — Aussperrung durch die Unternehmer.

Seit dem 12. November steht das Deck- und Maschinenpersonal der westdeutschen Kanäle im Streik. Ein reaktionäres Reedertum lehnte die durch Schiedsspruch festgelegte Lohnerhöhung von 8 Proz. ab und drohte bei Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches mit der vollständigen Betriebsstillegung. Während der Verhandlungen provozierten die Unternehmer das Personal, sie kündigten den Kapitänen, Maschinisten und Schiffsführern, um einen Druck auszuüben. Eine ungeheure Empörung loderte auf, der jahrelang unterdrückte Groll brach sich Bahn. In fünf Versammlungen wurde einstimmig der Streik beschlossen und die Arbeit am Morgen des 12. November geschlossen niedergelegt.

Die Arbeitgeber drohten mit Repressalien, sie schrien nach Polizei und behördlichen Maßnahmen gegen die Streikenden. In ihren Organen setzten die Arbeitgeber

Schwindelnachrichten über angebliche Terrorakte

ihren Lesern vor. Es ist geradezu köstlich, daß die Gendarmerie vergeblich festzustellen versucht, wo die von den Unternehmern publizierten Schlägereien zwischen Polizei und Streikenden gewesen sein sollen. Gleich am ersten Streiktage wurde die Lüge in die Welt posaunt, die Streikenden weigerten sich, verderbliche Lebensmittel auszuladen.

Die Schwindelmanöver der Unternehmer haben die Polizei in Aufregung versetzt. Ein Fahrzeug, dessen Personal sich den Streikenden angeschlossen hatte, wurde auf Veranlassung der Arbeitgeber unter Begleitung von 12 Mann Schupoleuten und einem Führer weggeholt zu einer Löschstelle. Unglaubliche Lügen über Bedrohungen sind verbreitet worden, dabei ist bis heute kein einziger Streikfall mit der Polizei nachgewiesen, ein Beweis für die gute Disziplin der Streikenden. Die Unternehmer schwindeln jedoch weiter, sie wollen Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei um jeden Preis haben, um die Behörden vor ihre Karre zu spannen, gegen das Personal der Kanalschiffahrt. Der Schiffahrtsverein für die westdeutschen Kanäle, Geschäftsführer

Korvettenkapitän a. D. Beckerl,

verlangte beim Oberpräsidenten in Münster für einen Streikort allein 100 Mann Reichswasserschutz. Wirkt das nicht an sich schon wie eine frevelhafte Provokation auf die Arbeiter? So werden Konflikte direkt heraufbeschworen! Die schneidigen **früheren Seeoffiziere haben überall ihre Hand im Spiel.**

Verderbliche Lebensmittel auszuladen ist überhaupt nicht verhindert worden. Dafür folgender Vorgang: Der Güterdampfer „Münster" liegt in Lingen i. W.; das Personal streikt und hat er als Ladung außer 200 Tonnen Erz, 2800 Sack Zucker, 50 Kisten Rosinen, 50 Kisten Korinthen, 13 Kisten Speck. Die Streikleitung gab dem Personal den Auftrag, auf Verlangen der Firma diese Lebensmittel auszuladen. Bis heute ist von dem Zugeständnis kein Gebrauch gemacht.

Ein Lebensmittelmangel besteht zunächst überhaupt nicht, und bei der jetzigen Witterung ist eine Verderblichkeit nicht zu befürchten.

Die Unternehmer haben plötzlich die Entdeckung gemacht,

die westdeutsche Kanalschiffahrt sei unrentabel.

Die Einführung von Erz über Rotterdam nach dem Industriegebiet ist viel teurer als über Emden. Die meisten Firmen der westdeutschen Kanäle haben neben eigenem Kahnraum auch eigene Schleppkraft zur Verfügung, und transportieren auf den Kanälen mit 200-PS-Dampfern Frachtenmengen wie auf dem Rhein mit 500 PS. Hinzu kommt, daß den Firmen die Verladeeinrichtungen in Emden unter den günstigsten Bedingungen zur Verfügung stehen. Die Kanalabgaben und Monopol-Schlepplöhne sind in kurzer Zeit zweimal um 10 Proz. gesenkt worden. Es wird auch nicht nur Erz transportiert, sondern die verschiedensten Güter, und der Erzverfrachtung von Emden nach Dortmund schließt sich die Rückverfrachtung von Kohlen nach Emden an. Die Frachteinnahmen auf dem Kanal ergeben für die Unternehmer sehr gute Verdienste. Die Unkosten an Schlepplohn, Hafengeld und Lohn bei einer Reihe belaufen sich auf etwa 60 Proz. der Frachtsumme. Die Lohnunkosten betragen 15 Proz. der Frachteinnahme. In diesem Jahre sind von allen Kähnen, die Erz und Kohlen transportieren, 20 bis 22 Reisen gemacht worden. Glänzend ist das Zuckergeschäft; dort machen die Lohnunkosten rund 10 Proz. der Frachteinnahme aus. Die Partikulierschiffer fahren Erz und andere Frachten noch billiger für die Reedereien, und die Reedereien stecken, ohne einen Finger krummzumachen, die Differenz zwischen dem feststehenden Frachtsatz und dem Betrage, den sie an die Partikulierschiffer zahlen, in die Tasche.

Das Kohlensyndikat,

dessen Tochterunternehmen die größte Firma der Kanalschiffahrt, die Westfälische Transport-Aktien-Gesellschaft ist, sucht die notwendige Erhöhung der Bezüge des Schiffahrtspersonals zu hintertreiben und die Löhne möglichst niedrig zu halten.

Der Wochenlohn von 35,31 M. für einen verheirateten Matrosen, der einen doppelten Haushalt führen muß, reicht einfach nicht aus. Bei 60 Arbeitsstunden in der Woche ergibt sich noch kein Notstandsarbeiter-Stundenlohn, und dann doppelter Haushalt. Die besondere Bezahlung von Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit über die angezogene Arbeitszeit hinaus ist doch wohl selbstverständlich. Der Kanalmatrose erhält 80 Pf. für die Ueberstunden. Wenn er, wie die Arbeitgeber behaupten, 11 M. Ueberstundengelder verdient, dann normalerweise nur bei einer wöchentlichen Arbeitsleistung von 74 Stunden mit 46,41 M. Wochenverdienst.

Die Unternehmer eifern in der bürgerlichen Presse, daß der ihnen „aufgezwungene Kampf" durchgehalten werden müsse. Sie sperren jetzt sämtliches Personal aus.

Das Personal hat sich von vornherein auf

einen langen Kampf

eingestellt. Die Organisationen werden nicht unnütz die Situation verschärfen; nur wenn sie gezwungen werden.

Die Behörden scheinen den Unternehmern in die Hand zu arbeiten. Schleusenreparaturen, die in allen zurückliegenden Jahren im Februar oder März gemacht worden sind, werden jetzt ausgeführt. Die Unternehmer stellen ihr Geschäft um; die Seedampfer mit Erz werden nach Rotterdam beordert. Das alles wird die Streikenden nicht abhalten, ihre Lohnforderungen zu verfechten und die Pläne der Unternehmer zu durchkreuzen.

Krankenkassenwahl in Köpenick.

Am Sonnabend, dem 26. November, findet die Wahl zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick statt. Von allen Allgemeinen Ortskrankenkassen in Berlin wird diese Wahl die einzige sein.

Die christlichen Gewerkschaften haben der Liste des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unter dem Kennwort „christlich-national" eine Liste gegenübergestellt. **Die Liste der freien Gewerkschaften trägt die Ordnungsnummer I,** die Liste der christlich-nationalen die Ordnungsnummer II. Für die christliche Liste hat in den Kirchengemeinden die Agitation eingesetzt. In der katholischen Kirche werden im Gottesdienst die Gemeindemitglieder von der Kanzel herab aufgefordert, für die Liste II einzutreten. In der evangelischen Stadtkirchengemeinde ist man vorsichtiger; hier wird in den verschiedensten kirchlichen Vereinen usw. auf die Bedeutung der Wahl und zum Eintreten für die christlich-nationale Liste hingewiesen. Diese Geschäftigkeit muß für die Mitglieder der freien Gewerkschaften ein Ansporn sein, ebenfalls rege zu agitieren.

Die Wahl ist am Sonnabend in der Zeit von nachmittags 1 Uhr bis abends 7 Uhr. Es wählen die Beschäftigten, welche in Betrieben der Dammvorstadt tätig sind, im Lokal von Oskar Schulz, Bahnhofstraße 4; die in der Kietzvorstadt Beschäftigten im Lokal von Lietsche, Dorotheenstraße 1; die in der Altstadt und Köllnischen Vorstadt Beschäftigten im Kaiserlokal, Gutenbergstraße 33. Freiwillige und arbeitslose Mitglieder können in einem der drei Wahllokale ihre Stimme abgeben.

Für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin ist es Pflicht, zur Wahl zu gehen und im Bekanntenkreise noch für die Liste I „Freie Gewerkschaften" zu agitieren. Stimmzettel werden im Wahllokal ausgegeben.

Ortsausschuß Berlin des ADGB., Unterkommission Köpenick.

Lohnbewegung im Karosseriegewerbe.

Die Funktionäre des Berliner Karosseriekartells waren am Dienstag abend im Verbandshaus der Metallarbeiter zusammengekommen, um zur Kündigung des Lohn- und Manteltarifes Stellung zu nehmen. Nachdem Genosse Picht vom Holzarbeiterverband die Entwicklung der Löhne in diesem Jahre und die augenblicklichen Arbeitsverhältnisse in diesem Gewerbe geschildert hatte, beschlossen die Funktionäre, das Lohnabkommen zum 27. Dezember zu kündigen und eine Erhöhung der Löhne und Akkorde um 15 Prozent zu fordern.

Zur Kündigung des Manteltarifes beschlossen die Funktionäre vielmehr, eine Vollversammlung aller Karosseriearbeiter einzuberufen und dieser Versammlung die Entscheidung zu überlassen.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Dem Reichswahlausschuß der freien Angestelltenverbände liegen die weiteren Ergebnisse aus folgenden 43 Wahlkreisen vor: Marktranstädt, Nürtingen, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Wanne, Calbe an der Saale, Unna i. W., Hörde, Dortmund, Haspe, Hattingen, Aurich, Meißen (Stadt und Land), Großenhain (Stadt und Land), Lößnitz im Erzgebirge, Zschoppau, Eschwege (Land), Frankenthal in der Pfalz, Reutlingen, Anklam, Quedlinburg, Bublitz, Oschersleben, Minden, Uelzen, Halberstadt, Thale, Kosel, Straubing, Suhl, Weißensee i. Th., Emden (Land), Ostpriegnitz, Wittenberge, Oberbarnim, Stettin, Bütow, Pasewalk, Gollnow.

Insgesamt haben in den bisher veröffentlichten 215 Wahlkreisen an Stimmen erhalten:

Allgemeiner freier Angestelltenbund 158 288,

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 131 536, Gewerkschaftsbund der Angestellten 126 573, sonstige Hauptausschußverbände 31 747, 17 Frauenberufsverbände 53 173.

Nach § 103a Absatz 3 des Angestelltenversicherungsgesetzes ist das Stimmrecht der Versichertenvertreter unter den Vertrauensmännern nach der Zahl der im Wahlbezirke vorhandenen Versicherten zu bemessen. Die untere Verwaltungsbehörde stellt diese Zahl nach Schätzung fest. Bei einer Versichertenzahl bis zu 1000 entfallen auf den Wahlbezirk drei Stimmen, für je weitere volle 1000 erhöht sich die Zahl der Stimmen um drei, in die sich so ergebende Stimmenzahl teilen sich die Versichertenvertreter des Wahlbezirks zu gleichen Teilen.

Daraus ergibt sich, daß bei der Wahl des Verwaltungsrats durch die Vertrauensmänner nicht mehr die Zahl der gewählten Vertrauensmänner maßgebend ist, sondern in welchen Wahlkreisen die einzelnen Vertrauensmänner gewählt sind. Je nach der Zahl der versicherten Angestellten in diesen Wahlkreisen wächst das Stimmrecht des einzelnen Vertrauensmannes.

Die Vertrauensmänner des AfA-Bundes sind vorwiegend in den Wahlkreisen mit vielen Versicherten gewählt, so daß das Stimmrecht dieser Vertrauensmänner weit größer ist, als die Zahl der gewählten Vertrauensmänner zum Ausdruck bringt.

Die starken Zigarrenmänner.

Sie setzen ihren Reichsverband aufs Spiel.

Die BS.-Korrespondenz hat von dem Reichsverband der Zigarrenfabrikanten erfahren, daß er nicht gewillt sei, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Das ist nichts Neues. Neu dagegen ist die Satzerweiterung:

„... sogar auf die Gefahr hin, daß es dadurch zu einem Bruch innerhalb der Organisation kommen könnte."

Damit geben die starken Zigarrenmänner mit ihrem Admiral an der Spitze, zu, daß sie den Bogen allzusehr überspannt haben. Der größte Teil der Fabrikanten hat seine Arbeiterschaft nicht etwa ausgesperrt, weil er dies etwa zu seiner Interessenwahrung als zweckmäßig und unvermeidlich hielt, sondern aus dem einfachen Grunde, weil er der Drohung des Reichsverbandes mit hohen Konventionalstrafen folgte. Diese Auffassung wird durch die folgende Meldung erneut bestätigt.

Die Aussperrung im Bezirk Untermain.

F. F. **Gießen**, 23. November. (Eigenbericht.)

Der Bezirk Untermain umfaßt Teile von Hessen und vom Regierungsbezirk Kassel, sowie Unterfranken. Im ganzen Bezirk gibt es 187 Betriebe mit 4200 Beschäftigten, davon 90 Proz. Frauen und Mädchen. In 152 Betrieben mit 3600 Beschäftigten wurde die Aussperrung durchgeführt, 35 Betriebe, die dem Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller nicht angehören, beschäftigen ihre 600 Arbeiter und Arbeiterinnen weiter. Aber auch die RDZ.-Betriebe haben **die Aussperrung nur widerwillig** durchgeführt. Die Firma Ludwig Grau in Bad Orb sträubte sich lange gegen die Aussperrung und erklärte:

„Ich mache das Theater nicht mit!"

Als der RDZ. aber eine hohe Konventionalstrafe androhte, fügte sich der widerspenstige Fabrikant und kündigte seinen Arbeitern schließlich am 5. zum 19. November. Er wäre von sich aus zu einer Lohnerhöhung bereit gewesen und hat seinen Arbeitern sagen lassen, wenn sie in Not geraten, könnten sie bei ihm Vorschuß bekommen, den sie dann nach der Aussperrung wieder abverdienen müßten.

Die Zigarrenfabrikanten, die

unter dem Terror des RDZ. ausgesperrt

haben, fühlen bereits deutlich die Konkurrenz der oberbadischen Zigarrenindustrie, die zum allergrößten Teil trotz wiederholter Kündigung ihre Arbeiter weiterbeschäftigt und deshalb in der Lage ist, die Weihnachtsbestellungen zu erledigen, während die mittel- und norddeutschen Zigarrenfabriken ihre Kundschaft nicht bedienen können. Die angebliche Einigkeit der Zigarrenhersteller ist also schon recht brüchig geworden.

Lohnbewegung bei der Nordwestlichen.

Essen, 23. November. (Eigenbericht.)

In einer Delegiertenkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen wurde die Kündigung der Lohn- und Arbeitszeitabkommen für die Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe beschlossen.

Der Achtstundentag in Argentinien.

Erst wenn die „Großen" ratifiziert haben.

IAB. Der Redaktionsausschuß für das Arbeitsgesetzbuch hat einen Fragebogen versandt. Die argentinische Arbeitgebervereinigung hat in bezug auf den Achtstundentag bei der Beantwortung des Fragebogens erklärt, daß sie die theoretischen, rechtlichen und sozialen Gründe anerkennt, die den Achtstundentag und seine staatliche Regelung rechtfertigen und daß sie auch aus wirtschaftlichen und moralischen Gründen diese Beschränkung der Arbeitszeit für zweckmäßig hält. In bezug auf die Verteilung der Arbeitszeit ist die Vereinigung der Auffassung, daß es notwendig sei, eine durchschnittliche achtstündige Arbeitszeit innerhalb eines mehr oder weniger langen Zwischenraumes (2 oder 3 Wochen) festzusetzen, um eine gewisse Anpassungsmöglichkeit zu geben, die gestattet, den Bedürfnissen von Handel und Gewerbe gerecht zu werden. Außerdem sollten Ausnahmen in bezug auf Ueberstunden die Einholung verlorener Arbeitstage und die Einführung der Schichtarbeit zugelassen werden. Die Vereinigung glaubt, die Ratifikation des Washingtoner Uebereinkommens über den Achtstundentag nicht empfehlen zu können, solange die großen Industriestaaten noch nicht ratifiziert haben.

Aufgehobene Sperre. Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten wird uns mitgeteilt, daß die Sperre gegen den Betrieb „Potsdamer Bierhallen", Königgrätzer Straße 71, aufgehoben ist. Der Tarifvertrag wird anerkannt, das Personal ist organisiert.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Kenner
kaufen
Schokoladen
Pralinen
Tee
Kakao
Kaffee
Honigkuchen
sowie alle Weihnachtsartikel am preiswertesten und billigsten bei
Schokoladen-Bunde
Adalbertstr. 1 am Kottbusser Tor
Prinzenstr. 85, Ecke Dresdener Str.

Herrenkleider-Fabrik
gibt bis auf weiteres Anzüge, Ulster, Paletots zu Fabrikpreisen ab. Bitte, überzeugen Sie sich.
Kaiser-Wilhelm-Straße 24, I Tr.

Nur ein Schritt!

vom Platz, i. der Neuen Königstraße ist jetzt das bekannte alte Papierhaus
L. JUERGENS
Am Alexanderplatz

Zuverlässige billige und
gute Stiefel
gibts bei
H. Bähr
Berlin, Spittelmarkt 7

Zu noch nie dagewesenen Preisen
bringen wir
Stores, Gardinen, Bettdecken
Künstler-Gardinen in besten Qualitäten für 5.90, 7.50, 8.90 M
Halbstores in allen Webearten 1.75, 4.50, 5.50 usw. M.
Gardinen-Reste
zum halben Preis.
– Einzelverkauf von 9—7 Uhr. –
Spezial-Gardinen-Werkstätten
Neukölln, Bergstr. 67
2 Stock, am Ringbahnhof
Kein Laden!

Eisu-Metall-Betten,
Kinderbetten, Stahlmatr., günst. an Priv. Kat. 204 fr. Eisenmöbelfab. Suhl (Thür.)

Bevor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 5
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster lichtbeständig Tapeten
mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Durch waggonweisen Engrosbezug 40% Ersparnis — Der weiteste Weg lohnt

Vitamine — Sonnen-Energie enthält
Karl Baschin's
Medizinal-Lebertran
seit Jahrzehnten als bester Lebertran bekannt.
Durch nichts zu ersetzen bei rachitischen und skrofulösen Kindern, bei Unterernährten und Lungenkranken.
Haupt-Niederlage:
Löwen-Apotheke, Berlin C., Jerusalemer Straße 30.
Jetzt beste Zeit.

Gühler-Honig
Besuchen Sie meinen interessanten Stand auf der Ausstellung.
„Um die Arbeit der Hausfrau"
22. bis 28. November im Zoo

Auch Ihre Lunge kann wieder gesund werden!
Warum mußtest sein? Vergessen Sie nicht, die Erde, die uns trägt, hat auch Kräfte, unsere Krankheiten zu heilen oder wenigstens zu lindern. „SYMPHOSAN" hergestellt aus besten Pflanzenstoffen, steht an der Spitze der Lungenbehandlungs-Mittel. Aerzte, die ihn verordnet haben, sind voll des Lobes. Preis der Flasche M. 3.50, Probedose M. —.50.
Erhältlich in allen Apotheken
bestimmt Prinzeß-Viktoria-Apotheke, Berlin N, Bellealliancestraße 26, Willes Apotheke, W 57, Potsdamer Straße 84a, Apotheke zum goldenen Hirsch, SW 68, Fürst-Bismarck-Apotheke, SO 33, Hoeges Apotheke, Berlin O, Berlin-Karlshorst: Neue Apotheke.
Alleinhersteller: Symphosan-A.-G., München 38/C.